

Editorial

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

während wir in Deutschland fleißig innenpolitische > Nabelschau < betreiben, ".. kracht ... es im Gebäck des > Mörderregimes < ", wie die Überschrift eines Artikels von Sabine Kehir in FREITAG vom 22. Juni lautet. Welches Mörderregime, müssen wir fragen? Es gibt mehrere > Mörderregime < auf dieser Erde! Alle Mörderregime sind von den Oligarchien der sogenannten "entwickelten" Länder mit zu verantworten! Und von deren Völkern natürlich, die die Oligarchien dulden. Nun kracht es? Wo stehen die Guillotinen, um die Oligarchien zu beseitigen? Was haben die Völker davon? In dem Beitrag in FREITAG geht es um Algerien.

Der (innen -) politische Zustand des Staates Algerien ist eine traurige Hinterlassenschaft unseres europäischen Partners Frankreich. Algerien ist sehr französisch, aber auch sehr arabisch und sehr kabylich-berberisch. Die Nicht-Islamisten, vor allen Dingen unter der Jugend, sind in der Mehrheit, haben aber nicht die Macht. Was mir an dem interessanten Beitrag von Sabine Kehir besonders auffiel, war der Satz: Weil offenbar die Ablösung dessen, was die Demonstrierenden > das Mörderregime < nennen, von den Regisseuren der Weltenbühne im Moment nicht vorgesehen ist, gedenkt auch die Regierung in Algier die Krise auszusitzen. Der Fettdruck stammt von mir. Wenn die Maßstäbe von Schuld und Verantwortung für die politische Geschichte, die auf Deutschland angewendet werden, auch für Frankreich gelten würden, dann könnte Algerien mit seinen Erdöl - Vorräten ein guter Partner Europas werden. Statt dessen, ich gebe den Schluß des Beitrages von Sabine Kehir wieder: Um den Aufstand einzudämmen, wird von ausländischen Medien vorgeschlagen, sollte der algerische Staat doch endlich die höheren Erdölrenditen einsetzen, um Forderungen der Aufständischen nach Entwicklungsperspektiven nachzukommen. Dabei wird vergessen oder verschwiegen, daß Algerien unter einem kategorischen Privatisierungsdiktat von Weltbank und IWF steht. Das Land verfügt gar nicht über die Souveränität, plötzlich wieder einen > staatlichen Sektor < zu erweitern und zu mehr Subventionen überzugehen, obwohl gerade solcherart Maßnahmen die Kabylei befrieden könnten. Selbst wenn das > Mörderregime < verschwände, müßte daher sofort auch die internationale Verantwortung für die Dauerkrise Algeriens auf die Tagesordnung gesetzt werden. Internationale Verantwortung? Oder die Verantwortung Frankreichs? Vielleicht sollte Algerien umlaufgesichertes Geld einführen und sich von Weltbank und IWF trennen !!! Die europäisch - us-amerikanischen Ausbeutungsmechanismen sollten sichtbar gemacht werden.

Das Wort von den Regisseuren der Weltenbühne, aber auch der Stellenwert von Menschenrechten im allgemeinen und im besonderen können auf viele Ereignisse bezogen werden. In aller Munde ist der Fall Milosevic. Unter Mißachtung jugoslawisch-serbischer Gesetze ist der ehemalige Machthaber des jugoslawisch-serbischen Staates an ein obskures Kriegsverbrechengericht in Den Haag ausgeliefert worden. Er wurde ausgeliefert, weil eine neue Politmafia in Belgrad um Ansehen (?), um Macht (!) und vor allen Dingen um Geld (!!!) = Steueraufkommen fremder Völker, mit den alten Machtstrukturen (Mafia) konkurriert. Natürlich hat Milosevic sehr viel Dreck am Stecken, aber er saß schon in seinem Land im Gefängnis, und es hätte dem jugoslawisch-serbischen Volk sehr gut getan, wenn der ehemalige Machthaber in seinem Land abgeurteilt worden wäre. So werden sich Legenden bilden, die wieder Grundlage politischer Fehlentwicklungen sein werden. Ich kann nur hoffen, daß Milosevic umfassend und im Detail über seine Gespräche mit Fischer (BRD), Holbroke (USA) und anderen, hochkarätigen Politikern aus Westeuropa und den USA berichtet. Zu befürchten ist aber, daß die westlichen Geheimdienste schon alles haben vernichten lassen, was irgendeinen "ihrer" Politiker/Diplomaten auch nur annähernd kompromittieren könnte.

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafu.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement € 15,60, Ausland € 18,-- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

Wer bestimmt eigentlich, wer vor das Haager Kriegsverbrechergericht zitiert wird? Die UN, in deren Namen das Gericht angeblich tätig ist? Oder diese merkwürdige Anklägerin Del Ponte? Keiner weiß es so genau. Statt dessen gibt es mehr als eine Stimme in den USA, die besagen, daß es nicht gestattet ist, einen US-Staatsbürger vor ein internationales Gericht zu stellen. Dann müßte nämlich einer der größten Verbrecher der Neuzeit, der innige Freund unseres Bundeskanzlers Schröder, Henry Kissinger, noch weit vor Milosevic vor dem Haager Tribunal erscheinen. Kissinger ist u.a. für den Putsch in Chile im September 1973 verantwortlich. Drei Jahre vor dem Putsch gegen Allende ist auf persönlichen Befehl Kissingers der verfassungstreue chilenische General René Schneider, damals Generalstabschef der chilenischen Streitkräfte, umgebracht worden. Kissinger hat auch den us-amerikanischen Journalisten Charles Horman töten lassen (1973), der die Putschpläne von 1973 kannte und veröffentlichen wollte. Die Toten des chilenischen Militärputsches von 1973 unter der Führung des chilenischen Generals Pinochet sind Kissinger unmittelbar anzulasten. Kissinger und Pinochet gemeinsam auf der Anklagebank und "nach Feierabend" in einer gemeinsamen Zelle, das wäre Balsam auf die verwundeten Seelen der Völker, die sich immer wieder die kriminellen Taten ihrer und fremder Oligarchien gefallen lassen müssen, die neuerdings durch die Globalisierte Wirtschaft miteinander verbunden sind. In Deutschland heißt so etwas übrigens Rechtsstaat; eine ständige Manipulation und Vergewaltigung des Rechtes (durch eine Heerschar von Juristen, die auf Kosten des Volkes ausgebildet worden sind).

Die Liste der Den-Haag-Aspiranten vor Milosevic kann fortgeführt werden, z.B. mit Scharping (SPD), Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) und Schröder (SPD). Es ist inzwischen bekannt, das alle NATO - Entscheidungen im Kosovo-Krieg 1999 auf falschen Nachrichten beruhten. Diese Nachrichten wurden von der NATO produziert, um die gnadenlosen Bombardements, insbesondere auf die serbische Zivilbevölkerung, zu begründen. Die genannten drei deutschen Politiker wußten das, haben aber nichtsdestotrotz die Medien, da, wo sie es konnten, manipuliert, und durch ihre "Bündnis-treue" dazu beigetragen, daß Frauen und Kinder getötet wurden. Die Anzeige von Dietrich Antelmann gegen Scharping und Fischer habe ich in der Ausgabe Mai 2001 dieses Informationsbriefes veröffentlicht; bis heute hat es die Justiz nicht fertiggebracht, zumindestens den Eingang der Anzeige zu bestätigen. Den Regisseuren der Weltenbühne gefällt es, die Deutschen wieder zu benutzen. Viele Deutsche machen wieder mit, und die Justiz ist entsprechend präpariert. Das war alles schon einmal da. Natürlich müssen Kriegs- und Politverbrecher vor Gericht. Ohne Ausnahme bitte! Die Verletzungen von Menschenrechten müssen ebenso geahndet werden. Die Prozesse sollten in den Heimatländern der Täter stattfinden. Es sollte ein Anzeigerecht für Ausländer eingeführt werden und eine Veröffentlichungspflicht für die Medien

Mit freundlichen Grüßen



(Dieter Kersten)

abgeschlossen 20. Juli 2001